

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Togo - 1998

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1999) : Togo - 1998, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1998: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 162-166

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301690>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Togo - 1998

Fläche: 56 785 km², **Einwohner:** 4,2 Mio., **Hauptstadt:** Lomé, **Amtssprache:** Französisch, **Lebenserwartung:** 50 J., **Alphabetisierung:** 50%, **Wechselkurs:** \$ 1 = F CFA 598,81, **HDI:** 0,409, Rang 11, **Pro-Kopf-Einkommen:** \$ 425, **BSP:** \$ 1,280 Mrd., **Anteile am BIP:** 35% - 23% - 42%, **Hauptexportprodukte:** Phosphat 49%, Baumwolle 44%, Kaffee 5%, **Staatschef:** General Gnassingbé Eyadéma, **Ministerpräsident:** Kwassi Klutsé, **Regierungspartei:** Rassemblement du Peuple Togolais (RPT, ehemalige Einheitspartei); **Oppositionsparteien:** Comité d'Action pour le Renouveau (CAR), Union des Forces du Changement (UFC), Convention des Peuples Africains (CDPA), Parti pour la Démocratie et le Renouveau (PDR), Parti Socialiste Panafricain (PSP).

Umstrittene Präsidentschaftswahlen im Juni brachten nicht die erhoffte politische Wende zur Demokratisierung des autokratischen Eyadéma-Regimes. Die internationale Gebergemeinschaft reagierte mit Protesten und dem Entzug von Entwicklungshilfe. Wirtschaftswachstum und Lebensbedingungen verschlechterten sich. Eyadéma selbst stellte das größte singuläre Hemmnis für die weitere Entwicklung dar.

Innenpolitik

Angesichts zunehmender außenpolitischer Isolierung wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit setzte das Eyadéma-Regime alles daran, seine Legitimität in den für Juni angesetzten Präsidentschaftswahlen nach außen und innen zu dokumentieren. Die innenpolitische Lage stand daher ganz im Zeichen des **Wahlkampfs**. Im Januar setzten Regierungs- und Oppositionsparteien ihre im Vorjahr begonnene Kontroverse um Aufgaben und Struktur der nationalen Wahlkommission (CEN) fort. Die RPT hatte sich mit ihrer 1996 durch zweifelhafte Parlamentsnachwahlen errungenen absoluten Mehrheit bereits am 27.11.97 sowohl hinsichtlich der Einschränkung der Aufgaben der CEN auf die Überwachung (nicht Durchführung) der Wahlen als auch bei der Besetzung der Kommissionsmitglieder gegen den Willen der Opposition durchgesetzt; das hatte zum Boykott der Parlamentsarbeit durch die 32 Abgeordneten der größten parlamentarischen Oppositionspartei (CAR) geführt. Jetzt spielte die RPT ihre Mehrheit auch bei der Besetzung der verbliebenen vier oppositionellen Kommissionsmitglieder mit dem bewährten Mittel des „teile und herrsche“ gnadenlos aus. Am 31.1. gaben die in der CEN vertretenden Oppositionsparteien UTD und CDPA nach, um eine drohende Abwahl der restlichen Oppositionsvertreter zu verhindern.

Am 1.2. löste Eyadéma sein vor langem gegebenes Versprechen ein, regimetreue Staatsangestellte zu belohnen, indem er ankündigte, die seit 1993 ausstehenden Gehaltsrückstände und Familienbeihilfen (1990-95) für diejenigen ca. 11 Tsd.

Gewerkschaftler der regierungsnahen *Union générale des syndicats autonomes* (USGL) auszahlen zu lassen, die 1992/93 nicht an dem von der Opposition organisierten neunmonatigen Generalstreik teilgenommen hatten. Auf diese Weise suchte er sich die Stimmen eines strategisch wichtigen Klientels für die kommende Präsidentschaftswahl zu sichern.

Am 18.2. kam es zu einer kleineren, in erster Linie wahltaktisch begründeten **Regierungsumbildung** bei der drei neue Mitglieder, darunter eine Frau, ins Kabinett aufgenommen wurden. Die strategisch wichtigen Posten verblieben jedoch fest in der Hand der Getreuen des Staatspräsidenten: Barry Moussa Barqué blieb als Finanzminister die Nummer zwei der Regierung; die Generäle Bitokotipu Yagninim (Verteidigung) und Séyi Mémène (Inneres und Sicherheit) sowie Koffi Panou (Außenpolitik) und der Wechsel von Bamouni Somolu Stanislas Baba vom Erziehungs- zum Justizministerium sollten den Wahlkampf der RPT innen- und außenpolitisch absichern.

Im April und Mai gaben die wichtigsten Parteien ihre Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen bekannt. Die Wahl war am 26.5. auf Grund einer durch die Opposition herbeigeführten Entscheidung des Verfassungsgerichtes (25.4.) um zwei Wochen auf den 21.6. verschoben worden. Die RPT nominierte auf ihrem Parteikongress am 10.4. wie üblich Eyadéma. Sein Erzfeind, Gilchrist Olympio, der Sohn des ermordeten ersten togoischen Staatspräsidenten Sylvanus Olympio, betrat nach sechs Jahren im politischen Exil, in das er schwerverletzt durch ein politisch motiviertes Attentat im Wahlkampf geflüchtet war, zum ersten Mal wieder den Boden seines Heimatlandes, begrüßt von Tausenden begeisterten Anhängern, die ihn auf dem UFC-Kongreß am 26./27.4. ebenfalls wieder zu ihrem Kandidaten wählten. Außerdem kandidierten der Chef der größten parlamentarischen Oppositionspartei (CAR), Maître Yaovi Agboyibo, Léopold Messan Gnininvi, Generalsekretär der CDPA, Zarifou Ayeva, Führer der kleinen Oppositionspartei PDR, und Zarifou Amouzou, Führer einer obskuren *Union unabhängiger Liberaler* (ULI), die der RPT nahe stand und bereits zur Präsidentschaftswahl von 1993 angetreten war, ansonsten aber kaum in Erscheinung trat. Das Verfassungsgericht bestätigte am 25.5. die Kandidaturen.

Der **Wahlkampf** wurde offiziell am 6.6. eröffnet. Er verlief im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen von 1993 zwar weitgehend friedlich, war aber durch diverse staatlich sanktionierte Behinderungen der Opposition und Irregularitäten begleitet. Der CNE mangelte es sowohl an Unparteilichkeit als auch an Mitteln, um ihre Aufgabe, die Überwachung und Steuerung des Wahlprozesses, effektiv erfüllen zu können. Die verschiedenen internationalen Wahlbeobachtungsgruppen der EU, UN und des amerikanischen *National Democratic Institute* (NDI) kritisierten insbesondere die undurchsichtige Revision des Wählerregisters, Anomalitäten bei der Austeilung der Wahlausweise an die knapp 2,2 Mio. Wähler sowie die einseitige Berichterstattung in den staatlich kontrollierten Medien. Die internationale NRO *Reporters sans frontières*, die im Auftrag der EU die Medienberichterstattung beobachtete, veröffentlichte am 12.6. eine vernichtende Kritik der unausgeglichene Meldungen der staatlichen Medien, die beispielsweise in den ersten drei Wochen des Wahlkampfes 40-80% der zur Verfügung stehenden Sendezeit Eyadéma, und nur 3% dem Hauptkandidaten der Opposition, Olympio, gewidmet hatten. Die 1996 installierte, formal unabhängige, aber überwiegend mit Eyadéma-Anhängern besetzte Hohe Behörde für audiovisuelle Kommunikation (HAAC), erfüllte ihren verfassungsmäßigen Auftrag, gleichberechtigten Zugang zu den

staatlichen Medien zu gewährleisten, wie zu befürchten war in keiner Weise. Den mit Mitteln der EU ausgebildeten ca. 500 nationalen Wahlbeobachtern verweigerte die Regierung bis zwei Tage vor der Wahl aus fadenscheinigen Gründen die Zulassung, wodurch deren Teilnahme an der Wahlbeobachtung besonders in den weiter entfernten nördlichen Regionen schon aus logistischen Gründen effektiv verhindert wurde.

Die **Präsidentschaftswahl** am 21.6. verlief in den nördlichen Provinzen, in denen Eyadéma traditionell auf eine Mehrheit hoffen konnte, weitgehend störungsfrei. Im Süden und in den größeren Städten der Zentralregion, die als Hochburg der Opposition galten, kam es dagegen zu vielfältigen Behinderungen: Wahlbüros öffneten zu spät oder gar nicht, Wahlunterlagen fehlten, in Lomé konfiszierten Soldaten gegen Abend ca. 24 gefüllte Wahlurnen bevor die Stimmen ausgezählt werden konnten, nahe dem Flughafen verbrannten sie 30 Urnen etc.; ähnliche Vorfälle meldeten Wahlbeobachter und Opposition auch aus anderen Oppositionshochburgen. Die CEN setzte ihre Stimmenauszählung in Lomé am Nachmittag des 22.6. aus, die FAX-Verbindungsleitungen mit denen die ca. 4 600 lokalen Wahlbüros ihre Ergebnisse übermittelten, waren plötzlich gerade aus denjenigen Regionen ausgefallen, in denen sich eine überwältigende Mehrheit von Stimmen für Olympio abzeichnete etc.. Einen Tag später traten die Präsidentin der CEN, Awa Nana, und die vier RPT-Kommissionsmitglieder überraschend mit der Begründung zurück, sie könnten wegen massiver Bedrohung durch nicht näher bezeichnete Kreise ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen. Den Vorwand der Funktionsunfähigkeit der CEN nutzte Innenminister General Mémène, um am nächsten Tag unter Verletzung des Wahlgesetzes selbst das „offizielle“ Wahlergebnis zu verkünden, nach dem Eyadéma die Wahl mit absoluter Mehrheit (52,13%) gleich im ersten Wahlgang, vor Olympio (34,06%), Agboyibo (9,57%) und Ayeva (3,02%) bei einer Wahlbeteiligung von 68% gewonnen habe. Die UFC reagierte mit massiven Protesten und forderte den Staatschef auf, spätestens bis zum Ablauf seines Mandats (25.8.) zurückzutreten. Auf der Grundlage der von den UFC-Vertretern in den lokalen Wahlbüros übermittelten Ergebnisse ermittelte die UFC einen Wahlsieg Olympios mit 59%; 75% der Stimmen im Süden und 30% im Norden. Es kam zu militanten Aktionen und Demonstrationen der Opposition, die den Wahlsieg Olympios anerkannte. Mémène gelang es, aktive Auflehnung durch brutales Eingreifen der Sicherheitskräfte und ein landesweites Demonstrationsverbot ab 26.6. im Keim zu ersticken. Die überwiegende Mehrheit der internationalen Wahlbeobachter sprach von groben **Wahlfälschungen**. Der deutsche Botschafter in Lomé verlangte als Sprecher der EU eine sofortige Wiederaufnahme der Stimmenauszählung und die Veröffentlichung von Wahlergebnissen, die den wahren Willen des Wählers widerspiegeln. Die EU sah sich um den Erfolg ihrer massiven Wahlhilfe (FF 12 Mio.), mit der sie den Demokratisierungsprozeß in Togo voranzutreiben gehofft hatte, betrogen; das Europäische Parlament kündigte am 16.7. an, die EU-Entwicklungshilfe bleibe ausgesetzt, bis die togoische Regierung wieder zu demokratischen Grundregeln zurückkehre. Bereits am 9.7. hatte die Europäische Kommission gedroht, Togo gemäß Art. 366a von der Lomé-Konvention der AKP-Staaten zu suspendieren (s. u.). Olympio drohte, das Land unregierbar zu machen, wenn sein Widersacher nicht zurücktrete und drängte Deutschland, die EU, USA und Frankreich zu schärferen Sanktionen, die jedoch ausblieben. Die Bestätigung des vom Innenminister verkündeten offensichtlich gefälschten vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses durch das Verfassungsgericht am 10.7. galt als weiterer Indikator der Parteilichkeit der Justiz. Die Opposition rief zu passivem Protest auf. Eine für den 17.7. und 10./11.8. ausgerufene Kampagne „Tote

Stadt“ führte zumindest im Süden, einschließlich Lomé, zum nahezu vollständigen Erliegen des Verkehrs und Handels. Die Vereidigung des Staatspräsidenten am 24.7. im 81-köpfigen Parlament fand ohne die Anwesenheit der 37 Abgeordneten der Opposition statt.

Die am 1.9. verkündete Zusammensetzung der **neuen Regierung** unter Ministerpräsident Klutsé, die mit 27 Mitgliedern vier mehr zählte als die vorherige, brachte keine große Überraschungen. Die Vergabe des Außenministeriums an Joseph Kokou Koffigho, den ehemaligen Ministerpräsidenten der Übergangsregierung (1991-93), und die Einbindung des ehemaligen, ins Beniner Exil geflüchteten Ministers Horatio Freitas als Kulturminister sowie eines Geschäftsmanns und Cousins Gilchrist Olympios, Harry Octavianus Olympio, für das Amt eines Ministers für Menschenrechte und Demokratieförderung, gab dem Kabinett formal den Anschein pluralistischer Öffnung; sie konnte aber nicht darüber hinweg täuschen, daß die Opposition in der Regierung nicht vertreten war. Eyadéma hielt durch die Besetzung aller sicherheitsrelevanten Posten mit alten Kampfgefährten („*sécurocrates*“), wie Brigadegeneral Assani Tidjani (Verteidigung), dessen Vorgänger, General Yagninim, im Justizministerium und General Mémène weiterhin als Innenminister, die Regierungszügel eisern in seiner Hand. Nicht zuletzt wegen des Drucks der internationalen Gebergemeinschaft suchte Eyadéma, nachdem er seine Machtposition konsolidiert hatte, das Gespräch mit der Opposition. Am 21.11. und 9.12. führte er Gespräche mit allen Oppositionsführern, außer mit seinem Haupttrivalen Gilchrist Olympio; am 24.12. lud er zumindest den Generalsekretär der größten Oppositionspartei UFC, Jean-Pierre Fabre, zu Vermittlungsgesprächen für die Organisation der im nächsten Frühjahr anstehenden Parlamentswahlen, die von den Gebern abermals zum Lakmüstest des Demokratisierungswillens des Eyadéma-Regimes deklariert wurden.

Ein vermutlich von der bewaffneten Opposition im Exil organisierter **militärischer Überfall** auf togoische Grenzposten an der ghanaischen Grenze in Aflao bei Lomé am 16.8., führte zu einer Hetzjagd der staatlichen Sicherheitskräfte auf tatsächliche und vermeintliche Regimegegner in der Lomé- und Kpalimé-Region. Gravierende **Menschenrechtsverletzungen** des Regimes gaben weiterhin Anlaß zu unverhohlener Kritik der Opposition, internationaler NROs und westlicher Geber, ausgenommen Frankreich. Die Jahresberichte des *U.S. Department of State* über die Menschenrechtslage Togos 1997 und 1998, die die U.S.-Regierung wie bereits in den Vorjahren im Internet veröffentlichte (31.1.98; 26.2.99), listeten neben einer generellen Kritik der mangelnden Unabhängigkeit der Justiz, der weitgehenden Verfolgungsfreiheit von Militärs und Angehöriger der Sicherheitsdienste detailliert Fälle staatlich sanktionierter extra-legaler Tötungen, Folter und politischer Verfolgung auf. So wurde am Abend des 15.5. Dr. Tona Pierre Adigo, Gründungsmitglied der togoischen Liga für Menschenrechte (LTDH) erschossen und in seinem Auto auf offener Straße in Lomé verbrannt. Adigo hatte als Arzt einen regimekritischen Report über die Todesursache von in einem Massengrab gefundenen Menschen geschrieben, der nicht mit den öffentlichen Verlautbarungen übereinstimmte. Am 16.8. feuerte ein gepanzertes Fahrzeug der Sicherheitskräfte auf den Wohnsitz des Generalsekretärs der UFC, Jean-Pierre Fabre, in Kodjoviakope, nahe Lomé, und tötete mindestens zwei Bewohner. Am 29.9. erschöß eine Gruppe bewaffneter Männer den lokalen Führer der Oppositionspartei CAR in seinem Haus in Dokpohoe, im Südosten Togos. Die Pressefreiheit war trotz eines am 5.1. verabschiedeten neuen

Mediengesetzes, das zum ersten Mal auch private Rundfunk- und TV-Sender erlaubte, nicht gewährleistet. Zwar gab es neben der regierungstreuen Tageszeitung *Togo-Press* ab Dez. eine unabhängige Tageszeitung *La Matinée* sowie 14 weitere, zum Teil unverhohlenen regimekritische Wochen- oder Monatszeitungen, aber die andauernde politische Verfolgung kritischer Journalisten sorgte für ein Klima der Angst und vorauseilenden Gehorsam bei der Mehrzahl der Medienangestellten.

Außenpolitik

Das öffentliche Anprangern von Menschenrechtsverletzungen des togoischen Staates durch das *U.S. State Departement* Ende Januar riefen am 5.2. erboste Zurückweisungen seitens des Justizministers hervor. Auch Außenminister Panou sah seine Bemühungen um Aufhebung der politischen Konditionierung der Entwicklungshilfe bei Besuchen in Bonn und Brüssel im Februar konterkariert. Eyadéma, der Anfang März in Paris zu Gesprächen mit dem französischen Staatschef Jacques Chirac zusammentraf, bekam eine bemerkenswerte Abkühlung des traditionell freundschaftlichen Gesprächsklimas zu spüren, indem Chirac warnend betonte, daß Frankreich großen Wert auf eine gleichberechtigte Beteiligung der Opposition an den kommenden Wahlen lege. Am 12.5. besuchte Eyadéma zusammen mit sechs seiner Minister, zum ersten Mal seit seiner Machtergreifung vor 31 Jahren, die benachbarte ghanaische Hauptstadt Accra, um die Annäherung zwischen den seit Jahrzehnten verfeindeten Regierungschefs, die bereits unter der ECOWAS-Präsidentschaft des ghanaischen Staatschefs Rawlings vor zwei Jahren begonnen hatte, weiter voranzutreiben. Als ein Zeichen ihres guten Willens gab die ghanaische Regierung bekannt, daß sie das Flüchtlingslager der z.T. bewaffneten togoischen Opposition in Ghana von Klikor, nahe der togoischen Grenze, nach Sanzule an der ivoirischen Grenze verlegt habe; außerdem lieferte Ghana ca. 20 togoische Regimegegner wegen angeblicher Teilnahme an Überfällen auf togoische Grenzposten an Lomé aus.

Auf dem ECOWAS-Gipfeltreffen in Abuja (30./31.11.) setzte sich Eyadéma, als Bewerber um die Nachfolge im Amt des bisherigen nigerianischen **ECOWAS-Präsidenten**, gegenüber seinem Mitbewerber, dem malischen Staatschef Konaré, durch. Dieser Prestigegewinn kam Eyadéma angesichts drohender stärkerer politischer Konditionierung der Entwicklungshilfe durch internationale Geber sehr gelegen. Außerdem eröffnete die Wahl ihm die Möglichkeit, auf dem 20. Frankophoniegipfel in Paris am 28.11. nicht nur als alter Freund Chiracs, sondern auch als offizieller Repräsentant der ECOWAS aufzutreten und sich als neutraler Schlichter in regionalen Konflikten, wie in den Bürgerkriegen in Guinea-Bissau und Sierra Leone, zu profilieren. Chirac erklärte bei dieser Gelegenheit, in offenem Gegensatz zu den europäischen Partnern, seine weitere Unterstützung für Eyadéma und betonte nochmals die allseits bekannte Rolle Frankreichs als Fürsprecher Togos im Rahmen der EU. Togos führende Position als Stellvertreter französischer Interessen beim Aufbau regionaler afrikanischer Konfliktschlichtungs-Initiativen wurde deutlich mit der Teilnahme an den Frühjahrs-Manövern „*Kompienga 98*“, sowie mit der Entsendung eines togoischen Kontingents von 80 Soldaten zur Absicherung des Waffenstillstandes zwischen den Konfliktparteien in Bissau durch die ECOMOG am 26.12.. Eine weniger rühmliche Rolle spielte Togo im

angolanischen Bürgerkrieg. Nach Meldungen westlicher Geheimdienste im März, versorgte Togo unter Bruch einschlägiger UN-Beschlüsse, vom internationalen Flughafen Kara (Zentraltogo) aus durch eine wöchentliche Luftbrücke von Anaton-Transportern nach Sambia die UNITA weiterhin mit Waffen. Am 18.11. fand Togo als 53. Mitglied Aufnahme in die Islamischen Entwicklungsbank (IDB, Jeddah), nachdem es bereits im Oktober 1997 der Organisation Islamische Konferenz (OIC) beigetreten war.

Die **Entwicklungszusammenarbeit** (EZ) mit den wesentlichen Gebern, auf die Togo angewiesen war, wurde durch den mangelnden Demokratisierungswillen Eyadémas signifikant beeinträchtigt. Selbst Frankreich, der größte bilaterale Geber (1992-96 ca. 30% der bilateralen ODA) stellte sich formell hinter die EU-Beschlüsse zur weiteren Suspendierung der Entwicklungshilfe, lehnte aber weitergehende Sanktionen, wie den von der EU-Kommission am 9.7. angedrohten Ausschluß aus der Lomé IV Konvention gemäß Art. 366a ab, ebenso wie die Mehrheit der AKP-Staaten, die im September gegen eine Aussetzung der EZ und Handelserleichterungen stimmten. Trotz der am 26.11. offiziell verkündeten Suspendierung der EZ kündigten die EU, wie bereits kurz zuvor Deutschland, im November die Fortsetzung der Förderung von kleineren, armutsorientierten Wasserversorgungs- und Gesundheitsprojekten in Höhe von jeweils \$ 11 Mio. an. Japan hatte bereits am 9.10. Hilfe in Höhe von \$ 12 Mio. (davon knapp die Hälfte Schuldenerlaß) zugesagt. Auch die Verlautbarung des IWF im Juli, die Zahlungen nach dem Auslaufen des erweiterten Strukturanpassungsprogramms (ESAF, 1994-97) wegen der politischen Krise zunächst einmal ruhen zu lassen, ließ einen konsequenten Willen zur politischen Konditionierung vermissen, zumal IWF und Weltbank noch kurz vor den Wahlen Kredite in Höhe von \$ 14,7 Mio. (IWF, 30.1.) und \$ 30 Mio. (WB, 6.3.) freigegeben hatten. Die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) in Abidjan bewilligte über ihren Afrikanischen Entwicklungsfonds (ADF) noch nach dem Wahldebakel am 15.7. einen \$ 1,6 Mio. Kredit und stockte damit ihre gesamte Hilfe für Togo seit 1972 auf \$ 210 Mio. auf.

Sozio-ökonomische Entwicklung

Das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) zeichnete in seinem im September veröffentlichten *Human Development Report 1998* ein erschreckendes Bild der allgemeinen Verschlechterung der Lage der Bevölkerung in Togo: das **Pro-Kopfeinkommen** sank von \$ 472 im Jahre 1980 auf \$ 375 15 Jahre später; AIDS-Erkrankungen nahmen auf 170 000 Fälle (davon 9 600 Kinder) zu; allein 1997 starben 20 000 Menschen an AIDS; die Lebenserwartung betrug bei der Geburt für Männer 49 und für Frauen 52 Jahre; nur 37% der Frauen (Männer 67%) konnten lesen und schreiben. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum mußten im Laufe des Jahres stetig nach unten korrigiert werden: während die französische Zentralbank in ihrem Jahresbericht für die Franc-Zone für 1997 noch im September ein reales Wachstum des BIP von 8,9% für 1996 und 4,4% für 1997 verbuchte, sagten die neuesten Prognosen der UEMOA für 1998 ein weiteres Absinken auf 0,6% voraus. Neben der politischen Krise war eine gravierende **Energiekrise** im Frühjahr dafür verantwortlich, die durch eine außergewöhnliche Dürreperiode in der Region hervorgerufen wurde und bewirkte, daß die Stromlieferungen des Akossombo-Staudamms (Volta-Stausee, Ghana), der in normalen Zeiten 70% des

gesamten Strombedarfs Togos deckte, bis April auf magere 5% der normalen Versorgungsleistung absanken. Auch die Phosphatexporte gingen leicht zurück. Im Rahmen eines von IWF und Weltbank mit Millionenkrediten (s.o.) geförderten **Privatisierungsprogramms** für 15 Staatsbetriebe machte die Privatisierung der staatlichen Phosphatminen (OTP), dem Rückgrat der togoischen Exportwirtschaft, langsam Fortschritte. Anfang Mai übernahm ein indisches Unternehmen (TTI) für \$ 27,5 Mio. 38% der Anteile der OTP und verpflichtete sich, neue Produktionsanlagen für Superphosphat und Phosphorsäure zu bauen. Am 31.12. verabschiedete das Parlament den Haushalt für 1999, der ein Defizit von FCFA 11 Mrd. vorsah; auf der Einnahmenseite sollte zum ersten Mal der Versuch gemacht werden, durch eine Besteuerung des informellen grenzüberschreitenden Handels die Kassen zu füllen; ob aber ausgerechnet die Schmuggler bereit sein würden, hierbei mitzuspielen blieb fraglich.

Dirk Kohnert

Chronologie Togo 1998

- 06.01. Neues Mediengesetz erlaubt private Rundfunk- und TV-Sender
- 18.02. Kleine wahltaktische Regierungsumbildung
- 21.06. Präsidentschaftswahlen enden mit dem umstrittenen Wahlsieg Eyadémas
- 27.06. EU, Deutschland und die USA verweigern die Anerkennung der offiziellen Wahlergebnisse
- 10.07. Verfassungsgericht bestätigt in umstrittener Entscheidung Wahlsieg Eyadémas
- 17.07. Protestaktionen „Togo mort“ der Opposition gegen die Einsetzung Eyadémas zum Staatspräsidenten
- Juli IWF stellt Zahlungen wegen politischer Krise mit dem auslaufenden SAP-Programm 1994-97 ein
- 16.08. Grenzscharmützel mit ca. 200 Regimegegnern an ghanaischer Grenze bei Lomé und Kpalimé
- 01.09. Bildung der neuen Regierung Klutsé II
- 26.11. EU suspendiert weiterhin Entwicklungshilfe wegen mangelnder Demokratisierung
- 31.11. Eyadéma auf ECOWAS-Jahresgipfel in Abuja für ein Jahr zum Vorsitzenden der ECOWAS gewählt